

Das belastete Gelände soll mit Fotovoltaik bestückt werden

# Solarpark im Gleisdreieck geplant

VON BERT-CHRISTOPH GERHARDS

Vor Kurzem erst war das schwer zugängliche Gelände im „Gleisdreieck“ zwischen Güterzug- und Personenzugstrecke, nahe Robert-Blum-Straße und Fixheider Straße, ins Zentrum der politischen Debatte im Stadtrat geraten, als der Vorschlag aufkam, dort eine neue Feuer- und Rettungswache für Opladen zu errichten. Jetzt haben CDU, SPD und Grüne einen gemeinsamen Antrag im Stadtrat durchgesetzt, Gespräche zur Einrichtung eines „Solarparks“ auf dem neun Hektar großen Gelände aufzunehmen.

Das Gelände gehört der Bundesbahnvermögen (BEV) und ist nach gutachterlichen Erkenntnissen enorm mit giftigen Altablagerungen belastet, die dort ins bis zu 15 Meter Tiefe reichen. Bis zu eine Million Tonnen Industrieabfälle werden dort vermutet. Eine Sanierung würde einen hohen Millionenbetrag erfordern, was neben der unzureichenden Verkehrsanbindung ein Hauptgrund war, die immer wieder geforderte Ansiedlung der Feuerwehr an dieser Stelle auszuschließen. Grünen-Ratsherr Andreas Bokeloh sprach von Sanierungskosten von über 50 Millionen Euro.

Da die dort befindlichen Sportanlagen inzwischen weitgehend ungenutzt sind, könnte dort ein Solarpark entstehen, der grüne Energie für rund 1500 Haushalte liefern könnte, so die Idee. Dafür könnte die Energieversorgung Leverkusen (EVL) das Gelände pachten und auf bis zu fünf Hektar Solarpaneelen installieren, darunter auf sechs nicht mehr genutzten Tennis- und einem Fußballplatz.

In die Altlast im Untergrund müsste dafür nicht besonders eingegriffen werden. Die immer noch genutzte Schießanlage und die Festhalle des Eisenbahner Sportvereins (ESV) würden bestehen bleiben. Der Industrieabfall verhalte sich nach Aussage der Bodenschutzbehörde „unauffällig“, begründeten die drei großen Ratsfraktionen ihren gemeinsamen Antrag – abgesehen von aggressiven Säureharzen, die sich immer wieder ihren Weg durch die bestehenden Abdeckungen suchten. Mit der Errichtung eines Solarparks ohne weitergehende Eingriffe in den Boden könnten diese Risiken aber beherrschbar bleiben.

Woran vor allem Benedikt Rees (Klimaliste) zweifelte. Mindestens die ätzenden Harze müssten vor einer Errichtung einer Solaranlage entfernt werden, denn diese fräßen sich alle vier Jahre wieder durch die abdeckende dünne Kunststoffolie.

Und Markus Pott (Opladen plus), der sich von einer Solaranlage an dieser Stelle nach einer gemeinsamen Ortsbesichtigung mit Bokeloh durchaus angetan zeigte, stimmte mit seinen Mitstreitern am Ende doch dagegen. Schließlich könnte eine solche Anlage auch auf dem Dach einer Feuerwache installiert werden, die er immer noch an dieser Stelle gebaut sehen will.

Am Ende erteilten 30 Ratsmitglieder der Stadtverwaltung den Auftrag, in Gesprächen mit der Bundesbahnvermögen die Möglichkeit einer Verpachtung an die EVL auszuloten. Es gab sieben Gegenstimmen und drei Enthaltungen.